



Arbeitspapier bei der Entwicklung des SSPs

Das SSP

Das Stadtschüler:innen-Parlament (SSP) ist das einzig demokratisch legitimierte Schüler:innen-Gremium auf lokaler Ebene. Es ist im SchulG §82 als Kreisschülervertretung festgeschrieben, „unterstützt die Arbeit der Schülervertretung“ (Absatz 4) und „setzt sich aus je zwei Delegierten der Schülerschaft der einzelnen Schulen zusammen“ (Absatz 4). Die Aufgabenfelder des SSPs bestehen in folgenden drei Bereichen.

1. Erfahrungsaustausch

In den Sitzungen des SSPs findet ein permanenter Austausch zwischen Schüler:innenvertretungen (SVen) der Schulen statt. Dies ist besonders wertvoll, da die konkreten Demokratiestrukturen an jeder Schule unterschiedlich sind. Es werden Projekte vorgestellt, Probleme beredet und Ideen für kleine sowie strukturelle Veränderungen besprochen.

2. Projektarbeit

Das SSP leistet politische Bildung und Aufklärungsarbeit, auch durch eigene Charity-Events. Ein gutes Beispiel für die politische Bildung ist die große interaktive Diskussionsveranstaltung zur Europawahl 2019 „Wir sind auch noch da“, bei der ca. 400 Schüler:innen mit und über Spitzenkandidat:innen aus Schleswig-Holstein diskutierten: <https://www.in-online.de/Lokales/Luebeck/Grosse-EU-Veranstaltung-mit-400-Luebecker-Schuelern>

3. Interessenvertretung

Die Interessensvertretung der Schüler:innen auf kommunalpolitischer Ebene findet vor allem über die Stadtschülersprecher:innen sowie den Vorstand des SSPs statt, welche die in den Sitzungen bekundeten Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit vertreten. So finden Gespräche mit einzelnen Politiker:innen, selbstinitiierte Gruppengespräche, Vertretung bei öffentlichen Veranstaltungen, Pressemitteilungen oder Briefe an die Fraktionen statt.

Grundsatzprogramm des SSPs

1. Ein Wertekorsett, welches politische Bildung und Teilhabe, Chancengleichheit, Inklusion, Bereicherung auf kultureller Ebene, Förderung freiheitlich-demokratischer Werte, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie kulturelle, persönliche und spirituelle Entfaltung einzelner umfasst

2. Die Etablierung, sowie die Förderung, einer SV in jeder Schule gemäß des Schulgesetzes
3. Die Möglichkeit, dass das SSP sich der der Durchsetzung von Anliegen an die zuständigen kommunalpolitischen Institutionen wendet und auch deshalb einen ständigen Kontakt zu Jugendvertretung und Jugendhilfeausschuss pflegt
4. Die Zusammenarbeit mit dem Lübecker Jugendring und der Jugendhanse
5. Die Durchführung bzw. Unterstützung von Infoveranstaltungen für Schüler*innen vor kommunalen, Landtags- und Bundestagswahlen
6. Aktives Vorgehen gegen die Diskriminierung von Schüler*innen
7. Eine langfristige Kooperation mit den Landesschülervertretungen von Schleswig-Holstein
8. Das Einsetzen für die Schaffung von mehr und sicheren Fahrradwegen in Lübeck
9. Den Einsatz für den Ausbau von ÖPNV-Netzes im Sinne der schulischen und außerschulischen Bedürfnisse, sowie günstigere Fahrpreise für Schüler*innen
10. Den bedarfsorientierten Ausbau von Jugendarbeit und Streetwork
11. Das Anliegen, die schulischen Gebäude bedarfsorientiert häufiger und gründlicher zu reinigen
12. Die Verbesserung der Ausstattung von Sporthallen und deren zeitnahe Instandsetzung
13. Verbesserte mediale Ausstattung in Lübecker Schulen
14. Mehr Bereiche, in denen Schüler*innen lernen oder sich entspannen können
15. Das Einsetzen für gesunde und frisch zubereitete Mahlzeiten, welche vegane, religiös angepasste, sowie weitere Alternativen bieten sollen
16. Die Forderung, dass Schulen möglichst barrierefrei gestaltet bzw. umgebaut werden
17. Die Selbstverpflichtung des SSPs jährlich eine Sportveranstaltung durchzuführen, bei der Spenden gesammelt werden, die einem gemeinnützigen Projekt zu Gute kommen
18. Den Wunsch nach Erhaltung und Erweiterung kultureller Veranstaltungen in Lübeck, bei denen der Eintritt für Schüler*innen ermäßigt sein sollte
19. Die Selbstverpflichtung, dass das SSP über seine Aktivitäten öffentlich informiert

Problemlage

Das SSP hat vor allem ein Problem: Fehlende Kontinuität. Durch Abschlüsse, Schulstress in der Oberstufe, viele andere Interessen von bereits Engagierten aber auch enttäuschte Erwartungen gehen nicht nur Wissen, Erfolge und Engagement, sondern auch das große Potential einer sowohl stringenten aber ebenfalls effektiven und schlagfertigen Kommunalvertretung von Schüler:innen verloren.

Daher benötigt es kontinuierlicher Unterstützung des SSPs in Form einer festangestellten Person.

Konzept

In den folgenden sechs Absätzen sind die Aufgaben, die Einbindung in vorhandene Strukturen, Anstellungskriterien, Finanzierung, Umfang, unabhängige Interessensvertretung sowie der Anstellungsträger einer solchen Stelle erläutert.

Aufgaben

1. Netzwerkaufbau (Infos sammeln/weiterleiten, Kontakte pflegen)
 - Verwaltung HL
 - Politik
 - Landesschülerparlament
 - Schulen
 - Bildungsministerium
 - Jugendring
 - Presse
2. Verwaltung
 - Termine
 - Einladungen
 - Catering
 - Archiv
 - Kontakte
3. Organisation
 - Veranstaltungen
 - Öffentlichkeitsarbeit (sowohl Presse als auch Social Media)
 - Unterstützung für Interessensvertretung
4. Pädagogische Aufgaben
 - Workshops
 - Konzeptpapiere bearbeiten und vorschlagen
 - Beratung von SVen

Einbindung in vorhandene Strukturen

Das SSP will mit der Hansestadt Lübeck, dem Lübecker Jugendring sowie anderen Akteur:innen der Demokratieförderung intensiv zusammenarbeiten. Daher wird die Arbeit des SSPs mit den vorhandenen Strukturen in der Hansestadt Lübeck eng vernetzt. Wünschenswert ist ein gemeinsames Kinder- und Jugendbüro nach dem Vorbild der Städte Fürth oder Erfurt. Dies würde auch eine Urlaubs- und Krankheitsvertretung ermöglichen. Eine Einstellung von Freiwilligen im Rahmen eines FSJ oder BFD wäre möglich.

Anstellungskriterien und Finanzierung

Um eine angemessene Personalausstattung zu gewährleisten, ist eine Ausschreibung der Stelle mit 39 Stunden pro Woche geplant. Dabei ist eine Qualifikation als Sozialpädagoge:in oder eine gleichwertige Qualifikation notwendig. Die Arbeitsbedingungen richten sich nach dem Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst Vereinigung kommunaler Arbeitgeber.

Bei erfolgreichem Abschluss des Projektes ist die Übernahme der Finanzierung durch die Hansestadt Lübeck oder das Land Schleswig-Holstein denkbar.

Umfang

Der Projektzeitraum sollte mindestens drei Jahre andauern. In dieser Zeit sollen Strukturen geschaffen, Netzwerke aufgebaut, Projekte umgesetzt und die kommunalpolitische Interessensvertretung der Schüler:innen umfangreich unterstützt werden. Das Projekt wird laufend evaluiert, Zwischenberichte an entsprechende Gremien übertragen. Am Ende des Projektzeitraums soll die Wirksamkeit des Projektes beurteilt und über eine Fortführung entschieden werden.

Unabhängige Interessensvertretung

Die Unabhängigkeit des SSPs ist existenziell, um eine angemessene Interessensvertretung gewährleisten zu können. Dies soll durch einen Kooperationsvertrag zwischen SSP, LJR und der HL sichergestellt werden. Dieser Vertrag soll unter intensiver Beteiligung von Schüler:innen erstellt werden.

Anstellungsträger

Da das SSP selber keine juristische Person ist, ist als Anstellungsträger der Lübecker Jugendring vorgesehen. Es besteht bereits eine intensive Zusammenarbeit und ein gewachsenes Vertrauensverhältnis. Darüber hinaus stellt der LJR parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Strukturen zur Verfügung. Die satzungsgemäßen Ziele des LJR decken sich mit den grundsatzgemäßen Zielen des SSPs. Durch die Einbindung des LJR in die kommunalpolitische Willensbildung der Hansestadt Lübeck über den Jugendhilfeausschuss ist eine direkte Einbindung des SSPs in die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung der HL möglich.